

dere Absichten stecken, und daß möglicherweise aus einer solchen Konferenz schließlich internationale Verhandlungen über eine Währungsstabilisierung auf anderer, neuer Grundlage, oder über eine Stabilisierung auf niedrigerer Rechnungseinheit werden könnten. Nimmt man noch die kurzfristige Weltverschuldung, insbesondere auch die Aufstauung der in Deutschland eingefrorenen Auslandskredite hinzu, so zeigt sich ein Aufgabenkomplex von so gewaltigem Umfang und solcher Verwickeltheit, daß in der Tat eine Lösung aus dem Handgelenk nicht möglich, ja nicht einmal ratsam sein kann. Das darf man nicht übers Knie brechen. Was dilettantischer Übereifer und Größenwahn in solchen Dingen anrichten kann, hat Versailles bewiesen. Man muß also lieber Geduld haben. Die Entscheidung rückt ja sichtlich näher. Hoffentlich bleibt dabei Deutschland nur nicht Aschenbrödel.

Zimmer wieder muß aber zugleich wiederholt werden, daß unter diesen Umständen doppelt und dreifach nötig ist, Deutschland für diese Wartezeit wie für den Umschwung so widerstandsfähig zu machen, wie nur irgend möglich. Vor dem Provinzialausschuß des Rheinischen Zentrums hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald Anfang Januar in einer Rede, die im übrigen sehr zukunftsreich abgestimmt war, die Lage sehr richtig dahin charakterisiert:

Ausland und deutsches Volk haben von 1924 bis 1929 sich keine Rechenschaft darüber gegeben, was ein Volk leisten und nicht leisten kann. Wir haben uns nicht darüber den Kopf zerbrochen, daß Deutschland nicht jährlich 8 bis 9 Milliarden Mark Zinsen herauswirtschaften, nicht über 8 Milliarden Mark Beamtengehälter in Reich, Ländern, Gemeinden, Reichsbahn und Reichspost aufzubringen vermag, nicht 8 bis 9 Milliarden Mark für gesetzliche Sozialversicherung, für Arbeitslosenfürsorge und für Wohlfahrtspflege und daneben noch 2 Milliarden Mark für Reparationen, 1,9 Milliarden für Pensionen und 1,5 Milliarden für Kriegsbeschädigte. Neben diesen mehr als 30 Milliarden Mark und neben einer aufgeblähten öffentlichen Verwaltung sollte noch eine aufgeblähte Verwaltung in der Privatwirtschaft und ein übersteuerter Güterverteilungsapparat aufrecht erhalten werden. Daß dabei zum Schluß noch dauernd soviel übrig bleiben sollte, um die Betriebe ausreichend finanzieren zu können, um 21 Millionen Arbeitnehmer dauernd ausreichend beschäftigen und entlohnen zu können, war eine große Illusion.

Er hat dann ebenso richtig das nächste Ziel der Reichsregierung in die Forderungen zusammengefaßt: 1. Wir müssen unter allen Umständen mit einem ausgeglicheneren Etat nach Basel und nach Lausanne gehen. 2. Wir dürfen unter keinen Umständen wegen eines unausgeglichenen Etats in den internationalen Währungsverfall hineinschlittern.

Für sein eigenes Ressort im engeren Sinne aber vertrat er endlich noch folgenden Standpunkt:

1. Unbedingte Aufrechterhaltung der Währung. Wenn der Arbeiter zu wählen habe zwischen Lohnkürzung oder Lohn- und Währungsverfall, dann würde ihm die Wahl bestimmt nicht schwerfallen. Bei Lohnkürzungen sind Anfang und Ausmaß im allgemeinen übersehbar. Bei einem Währungsverfall sieht man den Anfang, nicht aber das Ende.

2. Erhaltung des kollektiven Arbeitsvertrags und des staatlichen Lohnschutzes während der größten Krise eines Jahrhunderts, in deren Mittelpunkt Deutschland steht. Wir wollen nicht, daß Deutschland wieder politisch von einer dünnen Oberschicht regiert wird. Wir wollen auch nicht, daß der Arbeitgeber, insbesondere in der Großindustrie, wieder, wie vor 1913, einseitig und willkürlich die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen zu bestimmen hat.

3. Den Kern der Sozialversicherung über die größte Krise, die die Sozialversicherung je zu bestehen hatte, hinüberretten.

Diese drei Sätze bedeuten ein fundamentales Programm für die deutsche Arbeiterschaft. Und wenn die Durchhaltung dieses Programms gelingt — und ich hoffe, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelingt —, dann bin ich der Überzeugung, daß in kurzer Zeit die Auffassung in Arbeiterkreisen allgemein ist, daß der während der tiefsten Depressionsperiode amtierende Arbeitsminister Größeres und Schwereres zu leisten hat als je einer seiner Amtsvorgänger seit der Staatsumwälzung.

Hier verdient die 3. These besondere Beachtung. Das soziale Versicherungswesen wird ja durch die Krise mit in Frage gestellt.

Das Gerücht, daß es durch die »reaktionäre« Arbeiterschaft bedroht sei, hat verstummen müssen. Schon hat die Notverordnung sanierend eingreifen müssen. Die dadurch erzielten Minderausgaben werden zurzeit vom Reichsarbeitsministerium für die Träger der am schwersten gefährdeten Invalidenversicherung sowie das Reich auf insgesamt 100 Millionen Mark jährlich geschätzt. Das vorhandene Rohvermögen der Landesversicherungsanstalten wird für Ende 1931 mit 1430 Millionen Mark angenommen, ein Wert, der sich börsenmäßig noch um 30 bis 40 v. H. ermäßigen dürfte. Es fragt sich, ob bei dem Fehlbetrag für das Jahr 1931 mit 210 Millionen Mark und dem voraussichtlichen Fehlbetrag für das Jahr 1932 mit 280 Millionen Mark eine Deckungsmöglichkeit aus dem vorhandenen Vermögen so lange besteht, bis nach Überwindung der Wirtschaftsdepression auch eine Sanierung der Invalidenversicherung ohne weiteres gegeben ist. In der Kölnischen Volkszeitung wurde dazu festgestellt, daß alle die vorausgegangenen Maßnahmen vergeblich sein müssen, sofern nicht durch eine Neuordnung der Deckungsmethode stabile Leistungen für die Zukunft gesichert werden. Dies ist nur möglich durch Ablehr vom Umlageverfahren zum Prämiendeckungsverfahren. Für das letztere hat aber schon im vorigen Sommer der Direktor des Allianzkonzerns festgestellt, daß nach dessen Methoden ein Defizit von 20 Milliarden für die Sozialversicherung anzunehmen wäre. Die besondere Not der Sozialversicherung erwächst ja auch daraus, daß das angesammelte Vermögen jetzt in der Krise nicht realisiert und nur unter katastrophalen Verlusten mobilisiert werden kann. Deshalb sparen die Gewerkschaften für ihre Rücklagen, die angesichts der schwindenden Beitragseinnahmen immer stärker angegriffen werden müssen. Daraus erklärt sich, daß gerade von Gewerkschaftseite eben jetzt eine Offensive im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit neu eröffnet wird. Der Reichstagspräsident Löbe hatte am 28. Januar mit dem Reichskanzler Dr. Brüning eine längere Unterredung, die in der Hauptsache das Problem der Arbeitsbeschaffung zum Gegenstand hatte. Löbe hatte bereits in einer Rede in Breslau einen großzügigen Plan entwickelt, durch die Inangriffnahme großer öffentlicher Arbeiten für eine Million Menschen Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Er denkt dabei in erster Linie an den Ausbau und die Verbesserung von Eisenbahnlinien, an die Anlage von Staubecken und ähnlichem. Soweit die Mittel nicht durch Verminderung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und erhöhte Steuereingänge flüssig gemacht werden können, wird daran gedacht, den Weg der Krediterweiterung zu beschreiten. Der Reichstagspräsident verspricht sich von der schlagartigen Inangriffnahme eines solchen Planes auch eine starke Ankurbelung der Privatwirtschaft. Wie der »Vorwärts« berichtet, führte im Laufe der Unterhaltung Reichskanzler Dr. Brüning aus, daß auch nach seiner Meinung in den nächsten Monaten für Arbeitsbeschaffung in großem Umfang gesorgt werden müsse. Allerdings könne er sich den Umfang nicht so groß vorstellen, wie Löbe das vorschlägt. Auch behalte er sich vor, im einzelnen andere Wege zu gehen, wobei vor allem darauf zu achten sei, daß die Währung in keiner Weise gefährdet werde. In der Überzeugung aber, meint das sozialdemokratische Blatt, daß unbedingt etwas geschehen müsse, habe sich der Reichskanzler mit Löbe einig erklärt. Der geistige Vater dieser Anregungen dürfte der sozialistische Statistiker Woytinsky sein, der sie im Januarheft der von Leipart herausgegebenen Zeitschrift »Die Arbeit« veröffentlicht hat. Der Vorschlag Woytinsky's unterscheidet sich, wie die Frankfurter Zeitung hervorhebt, kaum von anderen Plänen, die das gleiche Ziel verfolgen. Es sollen eine Million Menschen wieder in den Arbeitsgang eingeschaltet werden, und zwar durch Aufträge der öffentlichen Hand. Der erforderliche Kapitalbetrag wird auf 2 Milliarden geschätzt, wovon jedoch 600 Millionen durch weitere Zahlung der bisherigen Arbeitslosenunterstützung in regulärer Weise aufgebracht und 300 bis 400 Millionen durch die Steuern und Sozialabgaben der Neubeschäftigten selbst wieder zurückgezogen werden, so daß nur 1 Milliarde im Wege der Kreditschöpfung beschafft werden solle. Zur Durchführung soll eine Zentralstelle geschaffen werden, die einerseits die öffentlichen Arbeiten beaufichtigt, andererseits die Finanzierung vermittelt, wobei an Besch-